

## **Antrag**

**der Abgeordneten Klaus Riegert, Annette Widmann-Mauz, Peter Albach, Norbert Barthle, Dr. Wolf Bauer, Antje Blumenthal, Maria Eichhorn, Dr. Hans Georg Faust, Ingrid Fischbach, Dirk Fischer (Hamburg), Eberhard Gienger, Markus Grübel, Bernd Heynemann, Hubert Hüppe, Julia Klöckner, Manfred Kolbe, Dr. Rolf Koschorrek, Hartmut Koschyk, Katharina Landgraf, Stephan Mayer (Altötting), Michaela Noll, Rita Pawelski, Peter Rauen, Dr. Norbert Röttgen, Hermann-Josef Scharf, Dr. Andreas Scheuer, Karl Schiewerling, Wilhelm Josef Sebastian, Johannes Singhammer, Jens Spahn, Max Straubinger, Marcus Weinberg, Elisabeth Winkelmeier-Becker, Willi Zylajew, Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dagmar Freitag, Dr. Peter Danckert, Martin Gerster, Wolfgang Grotthaus, Reinhold Hemker, Fritz Rudolf Körper, Ute Kumpf, Caren Marks, Steffen Reiche (Cottbus), Axel Schäfer (Bochum), Bernd Scheelen, Olaf Scholz, Swen Schulz (Spandau), Rita Schwarzelühr-Sutter, Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD**

### **Sport und Bewegung in Deutschland umfassend fördern – Bewusstsein für gesunde Lebensweise stärken**

Der Bundestag wolle beschließen:

#### **I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

Besorgniserregende Berichte über die Zunahme von Haltungsschäden, unzureichender Koordinationsfähigkeit, Defizite bei körperlichen Ausdauerleistungen oder Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen nehmen ständig zu. Bewegungsmangel gehört zu den häufigsten Ursachen für chronische Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Selbst einfache Bewegungsabläufe können von zahlreichen Kindern bei Einschulungstests nicht ausgeführt werden.

Bewegungsmangel wirkt sich bei kognitiven Lernprozessen negativ aus: In zunehmendem Maße leiden Schülerinnen und Schüler an mangelnder Konzentrationsfähigkeit und abnehmender Lernbereitschaft.

In unserer hochzivilisierten, in hohem Maße technisierten und arbeitsteiligen Gesellschaft haben Sport, körperliche Tätigkeit und damit Bewegung zunehmend an Bedeutung verloren, während Bewegungsmangel, Fehlernährung und Umweltbedingungen zu diversen Zivilisationserkrankungen führen.

Die Folgen sind Krankheitsbilder, die nicht nur den Einzelnen belasten, sondern auch in erheblichem Ausmaß das Gesundheitswesen und die Sozialsysteme. Die von den Krankenkassen prognostizierten Entwicklungen, die von wissen-

schaftlichen Untersuchungen gestützt werden, sind alarmierend. Die Ursachen dieser Entwicklungen sind vielfältig.

Das Robert Koch-Institut kommt zu dem Ergebnis, dass in Deutschland die Prävalenz von Übergewicht zunimmt und ca. 50 Prozent der Frauen und 67 Prozent der Männer übergewichtig sind. Übergewicht, sportliche Inaktivität, mangelnde Bewegung und Fehlernährung gelten als gesicherte Risikofaktoren und verursachen nach den Stoffwechselerkrankungen die höchsten Kosten im Gesundheitswesen. Je intensiver Sport und Bewegung betrieben werden, desto deutlicher sinken die gesundheitlichen Risiken.

Auch die Psyche profitiert von regelmäßiger körperlicher Bewegung, die Anfälligkeit für Depressionen, Stresssymptome oder andere psychische Störungen sinkt signifikant.

Angesichts der demographischen Entwicklung und der Zunahme chronischer Erkrankungen sind Sport, Bewegung und richtige Ernährung unerlässliche Elemente der Gesunderhaltung, der Gesundheitserziehung und der Rehabilitation.

Nationale und internationale wissenschaftliche Studien, Erkenntnisse von Ärzten und Krankenkassen belegen eindeutig die positiven Auswirkungen von Sport und Bewegung auf die Gesundheit, die Leistungs- und Lernfähigkeit, die Lebensqualität und die Lebenserwartung der Menschen. Sport und Bewegung gehören zur ganzheitlichen Bildung und Entwicklung des Menschen, sind Prävention und Prophylaxe und bewirken auch bei Ausbruch von Krankheiten häufig mehr als teure Medikamente und Hightech-Medizin (DER SPIEGEL Heft 5/2006). Eine kanadische Studie (Staines/Prince/Oliver: „The Economic Impact of Physical Activity in Ontario“) hat 1995 herausgefunden, dass jedem in die Förderung körperlicher Bewegung investierten Dollar eine Ersparnis zwischen 2 und 5 Dollar im Arbeits- und Gesundheitsbereich folgt.

Es ist deshalb eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und Verantwortung, die durch zu wenig Sport und unzureichende Bewegung verursachte hohe volkswirtschaftliche Belastung zu mindern und Rahmenbedingungen zu schaffen, die sportliche Betätigung und Bewegung erleichtern und fördern, auch wenn die Verantwortung für Gesunderhaltung und Gesundheitsfürsorge beim Einzelnen bleibt.

In Artikel 1 der UNESCO-Charta für Leibeserziehung und Sport aus dem Jahr 1978 heißt es, dass für alle Bevölkerungsgruppen ein Grundrecht auf Zugang zu Schulsport und Sport existiert. In Artikel 2 werden die zuständigen Stellen aufgefordert, dem Sport und dem Schulsport den erforderlichen Stellenwert zu schaffen und zu sichern.

Der Bewegungserziehung kommt für die ganzheitliche Entwicklung eines jeden Menschen, insbesondere im Kindes- und Jugendalter, eine herausragende Bedeutung zu. Bereitschaft und Akzeptanz dazu wachsen mit der Bereitschaft der Eltern, gemeinsam mit ihren Kindern Sport zu treiben, Kinder an Sport und Bewegung heranzuführen und die Entwicklung und Bildung vitaler und innovativer Kräfte zu fördern. Auch die Kindergärten und Schulen können einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass Kinder frühzeitig Sport treiben. Je früher Kinder an Sport und Bewegung herangeführt werden, desto nachhaltiger sind die Auswirkungen auf die zukünftige Lebensführung, desto stärker wird das Bewusstsein für Sport und Bewegung gefördert und desto größer sind die Chancen für ein lebenslanges Sporttreiben und Bewegungsaktivitäten bis ins hohe Alter.

Die Infrastruktur wohnortnaher Sportstätten soll eine Vielfalt an sportlichen Möglichkeiten und ein bewegungsfreundliches Umfeld ermöglichen. Bewegungsräume wie Spiel-, Bolz- und Sportplätze stehen vielfach nicht mehr in dem ausreichenden Maße zur Verfügung und wohnortnahe Angebote werden

häufig von den Auflagen des Immissionsschutzes diskriminiert. Gerade in Problemquartieren fehlen Grün- und Freiflächen sowie Spiel- und Bewegungsräume. Dort häufen sich zudem ungesunde Verhaltensweisen und Bewegungsmangel. Die Förderung von Sport und Bewegung gehört deshalb zu einer stadtteilbezogenen Strategie der Gesundheitsförderung im Rahmen der sozialen Stadtentwicklung.

Das Engagement der Eltern ist durch ergänzende Maßnahmen bei der vorschulischen Erziehung in Kindergärten und Kindertagesstätten verstärkt zu unterstützen. Auch hier fehlt es häufig an den erforderlichen Bewegungsräumen und fachlich ausgebildetem Personal, aber auch dem Bewusstsein des Zusammenhanges und der Bedeutung von Sport, Bewegung und gesunder Ernährung für die Entwicklung heranwachsender Kinder.

Einen besonderen Impuls, ein aktives Leben zu führen, kann der Schulsport geben. Der Weltgipfel zum Schulsport, der 1999 in Berlin stattfand, hat bezugnehmend auf die UN-Konvention über die Rechte des Kindes festgestellt, dass jedes Kind das Recht hat auf bestmögliche Gesundheit, kostenlose und staatlich garantierte Ausbildung im kognitiven und körperlichen Bereich und auf Freizeit, Spiel und Erholung. Die insgesamt rund 250 Vertreter, u. a. von Regierungsorganisationen, Universitäten und Sportverbänden, kamen in ihren Empfehlungen überein, dass der Schulsport ein fundamentales Element in der Entwicklung und Bildung von Kindern sei, auf das Kinder ein Recht haben.

Umfang und Qualität des Sportunterrichts an unseren Schulen können deutlich verbessert werden; dies belegen die Ergebnisse der vom Deutschen Sportbund in Auftrag gegebenen Studie „Sprint – Sportunterricht in Deutschland“. Insbesondere der schulische Schwimmunterricht ist in den vergangenen Jahren erheblich eingeschränkt worden durch das Schließen von Bädern. Die im Trend liegenden Spaßbäder geben kaum Raum für schulischen Schwimmunterricht oder sportliches Schwimmen; hierunter leiden auch die Vereine. Der Sportunterricht an Schulen hat bei allen Beteiligten an Akzeptanz gewonnen. Diesen positiven Trend gilt es durch Verbesserungen zu nutzen.

Enorme Defizite zeigen sich im Bereich der beruflichen Schulen; hier ist Abhilfe zu schaffen, um die kontinuierliche Entwicklung junger Menschen im Bereich Sport und Bewegung nicht zu unterbrechen. Das Abschieben der Verantwortung auf Sportvereine widerspricht dem schulischen Auftrag der ganzheitlichen Bildung und ist zurückzunehmen.

Das Grünbuch „Förderung gesunder Ernährung und körperlicher Bewegung: eine europäische Dimension zur Verhinderung von Übergewicht, Adipositas und chronischen Krankheiten“ der Europäischen Kommission hat klar gestellt, dass Schulen „wichtige Orte für Aktionen zur Gesundheitsförderung [sind], sie können durch die Förderung gesunder Ernährung und körperlicher Bewegung zum Schutz der Gesundheit der Kinder beitragen.“

Auch die von den Sportvereinen angebotenen gesundheitsorientierten Programme sind ein hervorragender Ansatz, möglichst vielen Menschen jeglichen Alters Sporttreiben und Bewegung zu ermöglichen. Diese Angebote sollten von den Krankenkassen stärker als bisher gefördert werden. Durch den demographischen Wandel bedingt sollten die Programme gezielt auf die zunehmende Zahl immer älter werdender Menschen ausgerichtet werden. Neben den präventiven Wirkungen ist den gesundheitsorientierten Angeboten verstärkt Bedeutung für die Gesunderhaltung und Wiedergewinnung von Gesundheit zuzumessen.

Die modernen Lebensbedingungen und das tägliche Umfeld haben zu einer Verringerung der körperlichen Aktivitäten und der sportlichen Betätigung geführt, ohne entsprechende Kompensation.

Die Krankenkassen befürchten nicht ohne Grund einen enormen Anstieg der Kosten, wenn es nicht bald zu einem Umdenken auf allen Ebenen kommt.

Die Stärkung von Maßnahmen für Sport und Bewegung ist eine lohnende und unerlässliche Investition in die Zukunft.

Sport und Bewegung, verbunden mit einer gesunden Ernährung, sind in allen Lebensbereichen und in jedem Lebensalter von herausragender Bedeutung.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- im Rahmen des anstehenden Präventionsgesetzes der Bedeutung von Sport und Bewegung als wesentliches Element Rechnung zu tragen;
- Sport und dessen Vereinen, die qualitätsgesicherte Präventionsmaßnahmen anbieten, gleiche Zugangsvoraussetzungen bei der Vertragsbindung mit Krankenkassen zu ermöglichen wie anderen Anbietern;
- darauf hinzuwirken, dass im Rahmen der Bonusprogramme der gesetzlichen Krankenkassen die besondere Bedeutung von Sport und Bewegung berücksichtigt wird;
- auf die Länder einzuwirken, die in der Schulsportstudie „Sprint“ aufgeführten Defizite im Schulsport sorgfältig und kritisch zu prüfen und die Qualität des Schulsports durch Einsatz qualifizierter Lehrer, Sicherung der Erteilung der erforderlichen Mindeststundenzahl und Bereitstellung ausreichender und qualitativ angemessener Sportstätten zu sichern;
- Sport, Bewegung und gesunde Ernährung bei der Ausbildung von allen im Bereich der Erziehung und Bildung von Kindern und Jugendlichen pädagogisch Tätigen als wichtige Ausbildungsschwerpunkte zu integrieren;
- die Motivation der Bevölkerung, sich mehr zu bewegen und häufiger und regelmäßig Sport zu treiben, durch verständliche, zielgruppenorientierte Kampagnen zu stärken und das Bewusstsein für Sport und Bewegung als Instrument zur Prävention nachhaltig zu erhöhen;
- im Rahmen des anstehenden Präventionsgesetzes die Ausschöpfung der zur Verfügung stehenden Mittel für die Gesundheitsprävention sicherzustellen und die Angebote für Kinder und Jugendliche auszuweiten;
- bei allen politischen Entscheidungen, die das Wohn- und Bewegungsumfeld von Kindern und Jugendlichen beeinflussen, deren Bedürfnisse anzuerkennen, den Schutz und Ausbau von Bewegungsmöglichkeiten zu fördern und insbesondere in Problemquartieren die Förderung von Sport und Bewegung mit der Stadtteilentwicklung zu verknüpfen, beispielsweise im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“. Städte müssen für Kinder wieder bewegungsfreundlich gestaltet werden und dürfen nicht länger zu „Bewegungswüsten“ verkommen;
- die Entwicklungen im Bereich des Sports und der Bewegung auf europäischer Ebene zu verfolgen, zu unterstützen und zu prüfen, inwieweit erfolgversprechende Maßnahmen übernommen werden können.

Berlin, den 31. Mai 2006

**Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion  
Dr. Peter Struck und Fraktion**